

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Frankreichs Antwort an England

Die französische Antwort auf die englische Note am 11. August ist überreicht. Sie umfaßt, wie „Havas“ mitteilt, nicht weniger als 90 gedruckte Seiten in Quartformat, stellt also ein nicht mehr kleines Buch dar, das schon wegen seines hohen Preises den meisten Deutschen unzugänglich sein wird. Man wird hierzulande auf Auszüge in der Presse angewiesen sein, die bei den heutigen Papierpreisen auch nicht allzu umfangreich sein können. Nimmt man dazu, daß viele Deutsche längst auf das Halten einer Zeitung verzichten müssen, so ergibt sich ein neuer Zug der deutschen Tragödie: das deutsche Volk ist so arm geworden, daß es sich nicht einmal mehr darüber ausführlich unterrichten kann, was in der Welt über sein Schicksal verhandelt wird.

Nach dem „Temps“, der über den Inhalt der neuen Note bemerkenswerte, über das schon Mitgeteilte hinausgehende Angaben macht, ist sich die französische Regierung darüber klar, daß die deutsche Regierung, um regelmäßige und beträchtliche Zahlungen zu leisten sowie um den Kredit wiederherzustellen, den sie freiwillig gestiftet habe, verschiedener Hilfsmittel bedürfte. Als Hilfsmittel dieser Art werden angeführt:

1. Die Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer, die bereits von einer interalliierten Regie verwaltet werden, würden einer Gesellschaft übergeben, an der Frankreich, Belgien, England und sogar die Rheinländer sich beteiligen.

2. Verschiedene Kohlenbergwerke des Ruhrgebiets würden von dem Reiche wieder übernommen und einer interalliierten Gesellschaft übergeben, die unter denselben Umständen zustandekommen sollte wie die Eisenbahngesellschaft. Die Verbündeten werden auf diese Weise die Kohlen erhalten, auf die sie ein Anrecht haben, und Deutschland würde dergestalt einen bedeutenden Teil seiner Kapitalkredit bezahlen.

3. Naturalleistungen werden in einem noch festzulegenden Umfang wieder aufgenommen.

4. Die Zollabgabe wird in Gold oder Goldwert erhoben und den Verbündeten ausgehändigt.

5. Schließlich würde ein gewisser Teil der Steuern nach den Grundsätzen, wie die Deutschen es selbst wollten, so weit er vom Verkauf verschiedener größerer Ausfuhrprodukte herrührt, den Verbündeten übergeben. Die Erhebung der 26 Proz. wird dabei den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft angepasst, so daß nicht alle Produkte ohne Unterschied davon betroffen werden, sondern nur diejenigen, die sich in den Händen der großen Syndikate befinden. Die Verbündeten werden natürlich im Ruhrgebiet selbst den Ertrag der Zölle und der 26 Proz. erheben.

Danach hält der französische Plan an dem Gedanken der „produktiven Wälder“ fest; er will die Herrschaft der Wälder, das heißt Frankreichs, im alt- und neubestehenden Gebiet dauernd aufrechterhalten, die deutsche Bevölkerung dieses Gebiets dauernd zur Arbeit für eine Fremdherrschaft zwingen. Gerade das aber ist es, was England bisher weder als nach dem Friedensvertrag berechtigt, noch als im Interesse der Stabilität praktisch anerkannt hat.

Die französische Note hält an dem rabulistischen Standpunkt fest, daß die Ruhrbesetzung mit dem Friedensvertrag vereinbar sei und erklärt den passiven Widerstand als mit ihm unvereinbar! Sie sagt dann weiter:

Die französische Regierung wünscht daher, daß der passive Widerstand beendet werde, und kann erst dann, wie sie bereits Gelegenheit nahm, der britischen Regierung zu verstehen zu geben, die Ruhrbesetzung nach Aufgabe des passiven Widerstandes ändern. Die französische Regierung wird die Ruhrbesetzung bei schrittweiser Räumung nach Maßgabe der Zahlungen unter Bedingungen fortführen, die von den gegenwärtigen völlig verschieden sind. Die französische Regierung betont, daß sie keinerlei Wunsch habe, im Ruhrgebiet länger zu bleiben, als notwendig ist, und daß sie weder politische noch annexionsistische Absichten verfolgt.

Die Verleumdung gegen annexionsistische Absichten ist ein Spiel mit Worten. Daß Frankreich nicht die besetzten Gebiete seinem Staatsgebiet einverleiben und ihre Bewohner nicht zu gleichberechtigten Bürgern der französischen Republik machen will, weiß man. Aber militärische Fremdherrschaft ist schlimmer als Annexion!

Jedenfalls scheint der Weg zur Verständigung zwischen England und Frankreich trotz des optimistischen Kommentars, mit dem die „Times“ die französische Note begleitet, noch recht weit zu sein.

Paris, 22. August. (W.T.B.) Die französische Antwortnote kommt nach einer historischen Schilderung der einzelnen Stappen der Reparationsfrage und nach Ausführungen über die Gefährlichkeit der Ruhrbesetzung darauf zu sprechen, daß Frankreich schließlich gezwungen gewesen sei, Pfänder zu ergreifen und das Ruhrgebiet zu besetzen, und fährt dann fort:

Am 11. Januar 1923 haben wir das Ruhrgebiet besetzt, weil Deutschland seit drei Jahren seine feineren Verpflichtungen erfüllt hat und weil die Reparationskommission, als sie die Verschulden Deutschlands feststellte, uns ausdrücklich das Recht verliehen hatte, zu handeln. Es ist klar, daß wir, wenn wir, wie man uns bis dahin untergeschoben hat, politische oder militärische Absichten gehabt hätten, nicht das Ruhrgebiet besetzt hätten. Wir hätten es in diesem Falle vorgezogen, in das Rheinland einzuziehen, weil dieses

### Ein agrarischer Vorstoß.

Die Landwirtschaft kann die neuen Steuern nicht zahlen!!

Die Vertreter der agrarischen Interessenten im Steuerauschuß des Reichstages benutzen heute die Gelegenheit der Bemerkung der Erhöhung der Ermäßigung bei der Lohnsteuer, um einen Vorstoß gegen die Durchführung des Betriebssteuergesetzes bei der Landwirtschaft zu unternehmen. Die Herren fürchten eine genaue und scharfe Durchführung dieser Steuer, die sie zwingen würde, entweder Devisen oder zurückgehaltene Warenbestände zu verkaufen. Der Abgeordnete Herold (Z.) behauptete, die Besteuerung sei untragbar und forderte nicht weniger als eine Revision der eben geschaffenen Steuergeetze zugunsten der Landwirtschaft oder doch wenigstens eine laze Durchführung der Steuer. Der Abgeordnete Debus (Dem.) hielt es für angebracht, die Behauptung von Herold zu unterstützen. Namens der Regierung wies der Staatssekretär Japp diesen Angriff ab und erklärte, wer durch die Steuer in Schwierigkeiten komme, müsse eben Devisen oder Waren verkaufen. Herr Schiele (Dnat.) machte endlich die Debatte zu einem allgemeinen Angriff auf die beschlossenen Steuern und erklärte, daß

die Landwirtschaft diese Steuern überhaupt nicht zahlen könne. Es sei zwar von Sabotage keine Rede, aber die Steuer sei ebenso unbrauchbar wie die Kraftfahrzeugsteuer und die anderen neuen Steuern.

Die Sitzung des Steuerauschußes wurde durch dieses Verhalten der agrarischen Vertreter zu einer Auseinandersetzung bürgerlicher Fraktionen untereinander, wer Schuld an der neuen Steuererhöhung trage, vor allem aber zu einem Generalangriff auf die eben erst beschlossenen Steuern. Für die sozialdemokratischen Vertreter trat Genosse Herd dem Versuch, einen Steuerabbau vorzubereiten, mit der größten Entschiedenheit und Deutlichkeit entgegen. Er führte aus:

Wenn diese Debatte in die Öffentlichkeit dringt, wird der ganze günstige Eindruck der letzten Steuererhebung vernichtet werden. Die Herren, die sich jetzt darüber bekümmern, daß die Steuern hoch sind und wirtschaftliche Schwierigkeiten herbeizuführen, sollten sich daran erinnern, daß sie die Verantwortung dafür tragen. Wenn man Ende vorigen Jahres eingesehen hätte, daß ein so schwer belastetes Land wie Deutschland keinen Abbau der Einkommen- und Körperschaftsteuer vertragen kann, dann wäre die heutige Situation nicht eingetreten. Wenn diese Debatte weitergehen soll, so werden wir über ihre Sünden in der Vergangenheit nicht schweigen. Ich freue mich, Herrn Hugo hier zu sehen, der in einem Zeitungsartikel klar davor warnt, daß in der heutigen Situation vor einem Eingriff in die Substanz nicht zurückgeschreckt werden darf. Ich warne ausdrücklich, einen Generalangriff auf die neuen Steuern zu unternehmen. Wir erwarten vom Finanzministerium, daß es diese Steuern rücksichtslos mit aller Strenge eintreibt, und den ganzen Druck der Staatsauto-

tor, das Bayern von Preußen trennt, Deutschland entzweischneidet. Das haben wir nicht getan, weil wir

Gebiete ohne jeden Hintergedanken besetzen

wollten und weil wir keine anderen Absichten hatten, als Pfänder zu ergreifen und einen Druck auf das widerstrebende Deutschland auszuüben. Das Ruhrgebiet ist in der Tat das wirtschaftliche Hauptzentrum Deutschlands. Wir halten heute dieses so wichtige Gebiet, das sechs Millionen Einwohner hat, mit einer Armee von 50 000 Mann besetzt. Wir hätten aber die Absicht, nur bedeutende (schwähere) Objektbestände in Bewegung zu setzen. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, eine militärische Operation zu unternehmen. Unsere Truppen sind nur ins Ruhrgebiet gekommen, um dort unsere Ingenieure, unsere Zoll- und Forstbeamten zu schützen. Es waren nicht Militärpersonen, mit denen die Deutschen zuerst zu tun hatten. Es waren Ingenieure, Zollbeamte, und Forstbeamte, die sich zuerst an sie gewandt haben und ihnen

im Anfang folgendes Regime vorgeschlagen

haben:

Es sollte an dem normalen Leben und an der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes nichts geändert werden. Die Ingenieure der Ministerien sollten ganz einfach die Tätigkeit des Kohlenindustrials kontrollieren, in der Absicht, die regelmäßige Lieferung von Kohlen- und Koks mengen sicherzustellen, die Deutschland schuldig war. Dieselbe Kommission sollte die industrielle Produktion der Fabriken des Ruhrgebiets kontrollieren und über den Eingang der Kohlensteuer wachen, die ganz oder zum Teil in die Kasse der Reparationskommission gelassen wäre. Zollbeamte sollten mit den deutschen Zollbeamten und des deutschen Fiskus den Eingang gewisser Abgaben für die Reparationen sicherstellen. Schließlich sollten Forstbeamte die Ausbeutung der Staatsforsten, die weiter in der Hand der Staatsbeamten bleiben sollte, derart kontrollieren, daß die Holzlieferungen in Zukunft dem Versailler Vertrag entsprechen hätten. Es war

mit einem Wort eine freundschaftliche Abmachung,

eine friedliche Zusammenarbeit, die wir mit unserem Entmarsch ins Ruhrgebiet in voller Aufrichtigkeit Deutschland angeboten haben.

Die deutsche Regierung hat sich aber im Gegensatz zu § 18 des Anhangs 2 so gestellt, als ob sie die Besetzung des Ruhrgebietes als feindlichen Akt betrachte. Sie hat sich dieses Wortes bedient, der eine Unterminierung des Friedensvertrages bedeutet, bemächtigt, um sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, die am einwandfreiesten feststanden. Sie hat alle Kohlen- und Kokslieferungen eingestellt und begonnen, die Franzosen und Belgier als tatsächliche Feinde zu behandeln. Sie hat uns einen

Widerstand entgegengesetzt, den sie als passiv bezeichnet, der aber durchaus aktiv ist.

Dieser Widerstand ist nicht von der Ruhrbevölkerung ausgegangen, noch weniger von der rheinischen Bevölkerung, er führte vielmehr von gewissen Industriellen und von Berlin her. Auf die ausdrückliche Anweisung von Berlin hin ist jede Zusammenarbeit mit den Belgiern, Franzosen und Italienern abgelehnt worden, haben sich die Grubenbesitzer und Metallindustriellen nicht zu Konferenzen mit unseren Kommissionen eingelassen, haben sie uns die

riität dahintersteht. Wenn sie eine neue Situation schaffen wollen, wie wir sie in den letzten Wochen erlebt haben, so wird sie nicht so leicht zu beseitigen sein. Im einzelnen mag die Befastung für die Landwirtschaft hart erscheinen, für die Gesamtheit ist sie nicht etwa zu hart, sondern bleibt noch hinter der früheren Befastung durch die Umlosg zurück. Ich warne vor den Absichten, die neue Steuererhebung durch Ausnahmen zu unterböhren. Wir sind durch die Verhältnisse gezwungen, eine drakonische Steuererhebung zu beschließen. Wir müssen sie bis zum Ende durchführen und sie wird dann in ihren Wirkungen vielen von denen erleichtert bringen, die sich heute über sie beschweren.

Diese energische Abwehr machte auf die bürgerlichen Vertreter sichtlich Eindruck. Herr Herold versuchte die Schuld an dieser Debatte auf unsere Genossen zu schieben und versicherte, daß er der entschiedenste Befürworter der neuen Steuererhebung gewesen sei.

### Anpassung der Lohnsteuer an die Geldentwertung.

Der Steuerauschuß erhöhte die Abzüge für die Lohnsteuer. Die Regierung hatte ursprünglich vorgeschlagen, die Abzüge allgemein zu verachtfachen. Die Lohnsteigerungen der letzten Zeit haben sie gezwungen, von diesem Vorschlag abzugehen, und die Ermäßigungsgröße zu ver fünfzehnfachen. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten sich mit der Ver fünfzehnfachung einverstanden. Sie regten an, daß im Falle neuer starker Geldentwertung die nächste Anpassung bereits in der Mitte des nächsten Monats erfolgen sollte. Der Ausschuß nahm die Ver fünfzehnfachung gegen eine Stimme an.

Von dem Steuerbetrag darf demnach vom 1. September ab abgezogen werden:

	monatlich	wöchentlich
Für den Steuerpflichtigen u. seine Ehefrau	360 000 M.	77 200 M.
Für jedes Kind	2 400 000 „	576 000 „
Für Werbungskosten	3 000 000 „	720 000 „

Die durchschnittliche Belastung durch die Lohnsteuer wird demnach Anfang September etwa 4 bis 6 Proz. des Lohnes betragen. Das steuerfreie monatliche Einkommen für eine Familie mit zwei Kindern beträgt demnach:

Existenzminimum für Mann und Frau	7 200 000 M.
Abzug für 2 Kinder	48 000 000 „
Abzug für Werbungskosten	30 000 000 „
	85 200 000 M.

Von dem monatlichen Einkommen einer Familie mit zwei Kindern bleiben demnach 85 200 000 M. steuerfrei.

Für ihrer Werke verschlossen. Auf ausdrückliche Anweisung von Berlin hin haben die Post-, Telegraphen- und Telefonbeamten die Herstellung von Verbindungen für Franzosen und Belgier eingestellt, haben die Beförderung unserer Briefe und die Weitergabe unserer Telegramme verweigert, haben die Eisenbahner die Züge verlassen, die mit Verpflegung für unsere Truppen beladen waren, die Besatzungsbehörden daran gehindert, die Bahnhöfe zu betreten und die Beförderung von Kohle und Koks nach Frankreich und Belgien aufzuheben.

Es wird alsdann dargelegt, warum Frankreich zunächst die Einstellung des Widerstandes verlangen muß, ehe es in irgendwelche Verhandlungen mit Deutschland eintritt. Der Widerstand stehe nicht nur im Widerspruch mit dem Friedensvertrag, sondern auch im Gegensatz zu den Interessen Deutschlands. Zur näheren Darstellung dessen, was Frankreich nach Einstellung des Widerstandes zu tun gedenkt, und wie es alsdann seine Besetzung abzubauen gedenkt, verweist die Note auf das letzte französische Gelbbuch (Dokumente 23 und 25) und erklärt, es sei überflüssig, die dort enthaltenen Angaben zu wiederholen, die ausführlich die verbindlichen Absichten Frankreichs darlegten. Wir wollen nur daran erinnern, so heißt es in dem Gelbbuch, daß, wenn es nicht mehr notwendig sein wird, die Gruben, Eisenbahnen und Kanäle vor Sabotagefällen zu schützen, die Truppen alsdann mit der Arbeiterbevölkerung nur wenig in Berührung kommen würden.

Alsdann wendet sich die Note den

Bedingungen für die Räumung

zu. Auch hier verweist sie auf das Dokument 25 des Gelbbuches. Wir wiederholen nochmals, daß wir durchaus nicht den Wunsch haben, länger im Ruhrgebiet zu bleiben als notwendig ist, und daß wir keinerlei annexionsistische Absichten haben. Wir wissen genau, daß Deutschland uns sehr schnell bezahlen kann und daß es nur von ihm abhängt, eine progressive Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen. Der Zeitpunkt, an dem die Zahlungen vollzogen sein können, hängt vom Willen Deutschlands ab.

Für Reparationszahlung und den interalliierten Schulden entwickelt die Note den bereits bekannten französischen Standpunkt, der den Anteil an den Bonds A und B verlangt und die Amulierung der Bonds C von der Regelung der alliierten Schulden abhängig macht.

(Die Fortsetzung der Note bringen wir im Morgenblatt.)

### Internationale Solidarität.

Die französischen Gewerkschaften gegen die Ruhrpolitik. Paris, 22. August. (W.T.B.) Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterbundes beschäftigte sich gestern mit der internationalen Lage und beschloß die Veröffentlichung einer Erklärung, in der es heißt:

Angeht die ernste Lage der internationalen Lage wiederholt der Verwaltungsrat seinen Protest gegen die Haltung blinder Lenker, die seit vier Jahren bewußt die elementarsten Bedingungen mißachten, die für Wiederherstellung des Friedens und zum wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau Europas unum-

gänglich notwendig sind. Der Ausschuss ermahnt daran, daß der allgemeine Arbeiterbund trotz aller gegen seine Anstrengungen verübten Widerstände alsbald nach Beendigung der Friedensverhandlungen im Einklang mit der Arbeiterinternationale und in Zusammenarbeit mit den deutschen Arbeiterorganisationen einen Reparationsplan ausgearbeitet hat, der die Ruinen zum Verschwinden gebracht und das Werk der Völkerveröhnung und der Sicherheit gefördert hätte. Die militärische Befehung des Ruhrgebietes wird von dem Ausschuss selbst als ein schwerer Irrtum bezeichnet, der schädlich für die Reparationen und ein unverzeihlicher Fehler im Hinblick auf die Befriedigung des Hasses zwischen den Völkern sei. Der Ausschuss versichert die deutschen Arbeiter seiner Solidarität.

### Der deutsche Marksturz. Französische Beurteilung.

Paris, 22. August. (Eco.) Dem plötzlich eingetretenen neuen Sturz der Mark in New York und Berlin sucht sich die französische Presse auf verschiedene Weise zu erklären. Habas veröffentlicht eine längere Redung aus Berlin, in der angeführt wird, daß die neue Waise der Mark an der New Yorker Börse in Berliner Finanzkreisen überbracht habe. Bei den letzten Waisenerhebungen sei das Signal immer von der Berliner Börse ausgegangen. Angesichts der Preissteigerung der in Deutschland hergestellten Erzeugnisse, die den Weltmarktpreis bereits vielfach überschritten hätten, erscheine aber eine Waise der Mark unvermeidlich, um das Gleichgewicht wiederherzustellen und die Wiederaufnahme der Ausfuhr zu ermöglichen. Man habe jedoch nicht geglaubt, daß die neue Waise so plötzlich eintreten werde. Im übrigen hätte die Veröffentlichung der letzten Bilanz der Reichsbank den Sturz der Mark voraussehen lassen können. Die Mark könne nicht länger denselben Kurs behaupten, wenn an einem Tage für 42.000 Milliarden Papiermark gedruckt würden. Dieser unvermeidliche Marksturz sei noch eine Erbschaft des Kabinetts Cuno.

### Tom Shaw über die Reparationen.

Wie wir unserem Essener Parteiblatt entnehmen, wollte als Vertreter der Sozialistischen Internationale der englische Genosse Tom Shaw einige Tage in Essen, um sich im Brennpunkt des Ruhrkrieges über die Lage zu unterrichten und zugleich herzliche Grüße der englischen Genossen zu überbringen. Nach einer Besprechung, die am Sonnabend im kleineren Kreise stattfand, nahm der englische Gast am Montag noch in einer Funktionärskonferenz Gelegenheit, der Essener Parteigemeinschaft Vortrag über das Reparationsproblem zu halten. Tom Shaw führte u. a. aus:

Ich bringe zuerst die Grüße der Internationale. Es wurde uns gesagt, daß die Genossen im Ruhrgebiet das Gefühl haben, sie ständen in ihrem Kampfe einsam und verlassen. Ich bin gekommen, ihnen zu sagen, was getan worden ist.

Die englische Arbeiterpartei legt ihren gesamten Einfluß ein, um eine Verständigung herbeizuführen. Als Grundlage gelten ihr folgende Punkte:

1. Deutschland zahlt eine Entschädigung für die angerichteten Schäden. Eine Summe von 30 Milliarden dürfte vielleicht als angemessen gelten.
2. Eine Konferenz von Sachverständigen legt endgültig Deutschlands Zahlungsfähigkeit fest.
3. Deutschland muß eine Ruhepause von etwa drei Jahren gelassen werden, um seine Währung und Finanzen zu ordnen.
4. Alle Truppen müssen aus allen besetzten Gebieten herausgezogen werden. Deutschland muß Herr in seinem Hause sein.
5. Eine internationale Anleihe beschafft Deutschland Kredit. Das gesamte Privatvermögen der deutschen Bürger haftet als Sicherheit für dieses Darlehen.
6. Keinerlei Gebiet darf von Deutschland abgespaltert werden. Jede auch verstaubte Annexion irgendwelchen deutschen Gebietes ist mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

Die Stellung der italienischen Genossen entspricht genau diesen Punkten. Wie weit Ruschinski damit übereinstimmt, läßt sich nicht genau sagen.

In Belgien zeigt sich eine erhebliche Besserung der Lage. Die belgische Sozialdemokratie verlangt mit dem ganzen Gemächte ihres in Belgien starken Einflusses Verhandlungen. Der Papstbrief hat in Belgien eine für den Frieden günstige Wirkung gehabt. Katholische Blätter greifen die Regierung Theunis beifällig an und verlangen dringend Verhandlungen, die zu einem Frieden der Vernunft führen.

Für diese Grundlagen einer Verständigung segten sich die sozialistischen Parteien Englands, Belgiens, Italiens und Frankreichs ein.

Für Frankreich ist die Lage schwierig. Die französische Denkart ist im Punkte der nationalen Ehre sehr empfindlich. Auch französische Sozialisten sind in dieser Hinsicht feinfühlig. Ein Rückzug Frankreichs aus dem Ruhrgebiet ohne jeden Erfolg würde man in Frankreich und in der Welt als eine Niederlage Frankreichs bewerten. Französischem Empfinden wäre eine solche Demütigung unerträglich. Man wird also einen Weg finden müssen, der Frankreichs nationales Empfinden schonen.

Für diese Auffassung der Dinge ist in tausenden von Versammlungen in Frankreich, England, Italien und Belgien geworden worden. Mit Erfolg. Einen andern Weg als den der unablässigen geistigen Werbung gibt es nicht. Wenn die Internationale in diesen Bemühungen erfolgreich bleiben sollte, wird es nicht an zu lässig betriebener Werbung liegen. Die Internationale hat getan was sie triebener Werbung liegen. Die Internationale hat getan was sie ihren Kräften steht.

Wenn aber der Sieg errungen wird, wenn die Gedanken und Methoden des Wahnsinns und der brutalen Gewalt weichen müssen vor den stärkeren Waffen der Idee, der wirtschaftlichen Vernunft, dann wird dieser Sieg sich aufbauen auf den Idealen des Sozialismus; es wird ein Sieg der Völkerverständigung werden. Dann wird unsere Idee siegreich sein. Tom Shaw schloß: Wir Völker — auch Deutsche und Franzosen — wollen keine Feinde sein, wir wollen Freunde werden!

Essen, 22. August. (WZ.) Das Verbot des Verkehrs der Straßenbahnwagen in den Gemeinden Bassum, Hohen, Sterkrade und Osterfeld ist, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, aufgehoben. Der Auto- und Fährverkehr bleibt aber in diesen Gemeinden unterlagt. Ausgenommen sind die Kraftwagen mit und ohne Anhänger, die zwischen 5 und 8 Uhr fahren dürfen. Diese können alle Transporte ausführen, die durch die in Kraft getretenen Verfügungen erlaubt sind. Ausgeschlossen bleiben die Personentransporte.

### Wuhlhofer über die Ernährungs-konferenz. Die Sicherung der Lebensmittelversorgung.

Der Münchener Korrespondent der „Deutschen Tageszeitung“ hatte eine Unterredung mit dem von der Ernährungs-konferenz aus Berlin zurückgekehrten bayerischen Landwirtschaftsminister Wuhlhofer, der in Ergänzung des in Berlin an die deutsche Presse hinausgegebenen Communiqués folgende Mitteilungen machte:

Nach den Darlegungen des Reichsernährungsministers sei die Rohstoffversorgung zufriedenstellend. Hunderttausende Tonnen Margarineerohstoffe, 4000 Tonnen Schmalz, Rindfleisch und Schweinefleisch liegen in Konfigurationslager oder schwimmen auf Deutschland zu. Sie sind aber im Besitz der Ausländer und können nur gegen Bezahung in Devisen freigegeben werden. Die erste Sitzung der neuen Reichsregierung hat darum dem neuen Reichsfinanzminister den einstimmigen Wunsch und Auftrag des Gesamtkabinetts mitgeteilt, seine ganze Kraft und Fähigkeit der vordringlichsten Aufgabe des Reiches, der Schaffung eines merkbaren Zahlungsmittels, zu widmen. Bis 15. April 1924 soll den Kommunalverbänden, die den Antrag stellen, aus der Reichsrezerve für den Kopf der Bevölkerung und den Tag je 150 Gramm Mehl zum Tagespreis zur Verfügung gestellt werden. Den Verbänden und Kommunalverbänden bleibt es überlassen, dieses Feinmehl (Reisenerbrot) auf Märkten oder sonstwie abzugeben. Zweierlei Brot soll nicht gebacken werden. Die Konferenz stimmte diesen Vorschlägen der Reichsregierung zu, erklärte aber einstimmig, daß die Frist der Reichsernährung nicht am 15. April 1924 beendet sein dürfe, sondern das ganze Wirtschaftsjahr noch durchgeführt werden müsse. Wünschenswert wäre die Erhöhung der Ration von 150 Gramm auf 200 Gramm wie bisher. Mit dem Reichsernährungsministerium ist eine Vereinbarung getroffen, daß, wie im Arge, eine Dringlichkeitsliste für Wagengestellung aufgestellt wird. An erster Stelle der Dringlichkeit der Beförderung stehen die Kartoffeln, dann kommen die übrigen Lebensmittel. Für Industrieerzeugnisse wird wohl, da die Er-

nährung das Wichtigste ist, die Beförderung zeitweise gesperrt werden müssen.

### Hitlerleute gegen Schutzpolizei.

München, 22. August. (M.) Am Anschlag an eine nationalsozialistische Versammlung, die gestern abend im Circus Krone stattfand, kam es an zwei Stellen der Stadt zu leichten Zusammenstößen mit der Polizei. In der Marktstraße suchte eine Abteilung Schutzmannschaft einen Zug aufzulösen. Auf dem Korplatz stellte sich eine Abteilung Landespolizei, die in Postautos angefahren kam, einem anderen Zug entgegen. Später marschierte eine kleinere Gruppe mit Fahnen der Nationalsozialisten und anderer Verbände durch die innere Stadt.

### „Hängt die Judenkapitalisten.“

Ruth Fischer als Antisemitin.

In der „Kritik“ gibt Franz Pfeiffer eine Schilderung einer kommunistischen Agitationssammlung. Ruth Fischer (alias Friede Friedländer), die „Wiener Jüdin“, um im deutschjüdischen Stile zu reden, appelliert an die „nationalen“ Instinkte und empfiehlt sich als Deutschlands Retterin. Dazu gesellte sich Herr Dr. Rosenbergl! Wir geben einen Teil der Schilderung, die die kommunistischen Demagogen im hellsten Lichte zeigt: In den Studentenkreisen, in denen die Junterföhnden meist in gründlicher Besoffenheit das Ende der kaiserlichen, der schrecklichen Zeit herbeizugreifen suchen, sind Anfang der vorigen Woche Handzettel folgenden Inhalts feindlich herumgereicht worden:

Mittwoch, den 25. Juli 1923, abends 7 Uhr

Aula im Dorostheater des Realgymnasiums, Dorostheaterstraße 12

Lagerung:

Wofür starb Schlägler?

Kommunismus, Faschismus und die politische Entscheidung der Studenten.

Referent: Genossin Ruth Fischer.

Studenten! Studenfinnen!

Beschafft euch Klarheit

über die Wege des revolutionären Freiheitskampfes. Wir machen besonders die politischen Gegner auf die unbeschränkte Diskussionsmöglichkeit aufmerksam.

Ein Zufall hatte auch mir die Einladung in die Hand gespielt, und so bin ich Ihnen und Augenzeuge der deutschnationalen Brandstiftung geworden, die vor patriotisch geilen Korpsstudenten, vor verdammungslustigen, reichen Junker- und Bürgerprohningen, von der „linken“ Ruth Fischer aufgeführt worden ist.

Was Frau Ruth Fischer namens der Zentrale der KPD, an jenem Abend vorbrachte, war eine unerträglich schmierige, ekelstößende, politische Sauerel und ein verbrecherisches Kupfeln und Rechtfertigen höchster Klasseninstinkte.

Daß die Fischer sich von proletarischen Zuhörern unbelästigt wählte, ergab Ausführungen, die zu eindeutig waren, um nicht aufbewahrt zu werden. Die Fischer wandte sich an die „Helden“, die, wie Schlägler, bereit sind, auf dem Altar des Vaterlandes für Freiheit und Volk ihr Leben zu opfern“. Sie betraute diesen „Helden“: „Das Deutsche Reich, die deutsche Kulturgemeinschaft, die Einheit der Nation können nur gerettet werden, wenn Sie, meine Herren von der deutschjüdischen Seite, erkennen, daß Sie gemeinsam kämpfen müssen mit den Völkern, die in der kommunistischen Partei organisiert sind.“ Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Trebet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Galerne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie haben Sie zu den Großkapitalisten, den Stämmen, Adäner...? „Nationale Befreiung...“ „Wieder aufrechtstehendes Deutschland.“ „Meine Herren, wir zeigen Ihnen den positiven Weg zum Befreiungskampf gegen den französischen Imperialismus. Dieser französische Imperialismus ist jetzt die größte Gefahr der Welt. Frankreich ist das Land der Reaktion.“ „Nur im Bunde mit Rußland, meine Herren von der russischen Seite, kann das deutsche Volk den französischen Kapitalismus aus dem Ruhrgebiet hinausjagen.“ „Rechtspolitisch gesehen, ist das Bündnis mit Rußland der Ausweg, den jeder auf eine Rettung Deutschlands bedachte Mensch gehen muß.“ „Unser deutsches Vaterland.“ „Die deutsche

### Meine Ruh will ich zu Hause...“

Von Teheba.

In einer sehr stürmischen Sonntagsoberammlung war es. Einer, der sich am wütendsten gebärdete, war der Sozialdemokrat vor, sie seien feige Gesellen, die Gewerkschaftsführer Unternehmernachte. Keine Willenskraft, keinen revolutionären Elan. Die Arbeiter hätten an ihnen allen Glauben verloren.

Am selben Tage nachmittags mußten wir noch etwas besprechen. Unser temperamentvoller Redner aber kam nicht. Wir machten uns auf, ihn aus der Wohnung zu holen.

Er lag feierlich beim Kaffe; die Kommissionsberatung intereffierte ihn nicht. Nachdem er seine Rede los war, sagte er sich: Nach mir die Einstüt. Wir unterhalten uns. Nach und nach fiel ich aus allen Wolken: Die Frau, eine typische Kleinbürgerin, die ihren „Generalangeiger“ las und ihren Nährboden ganz voll mit feichten Heftchen hatte. Der Sohn Mitglied eines bürgerlichen Sportvereins, der von Sozialismus und Arbeiterbewegung in einer Art sprach, als ob er seinem eignen Vater nicht über den Weg traute, die Tochter war noch die vernünftigste. Aber auch sie hatte keinen Schimmer von dem, was der Vater ertämpfen will.

„Dieser Genosse“, sagte ich, „eines müssen Sie mir erklären. Ich habe heute morgen Ihren Vater bewundert, Ihre scharfe Unterbrechung des persönlichen Eintretens. Warum bringen Sie in Ihrem eignen Haus nicht wenigstens die drei Personen unter einen Hut?“

„Es kann mir doch keiner zumuten, auch noch zu Hause meinen Streit zu haben. In meinen vier Wänden will ich davon nichts hören.“

„Wissen Sie auch, daß das eine ganz große Sünde ist, die Sie da begehen?“

„Was — Sünde — wie?“

„Nun, von den anderen nur zu verlangen, was man selbst nicht mal im engsten Kreis tut?“

„Das verstehe ich nicht ganz.“

„Dann will ich es Ihnen sagen: Wer der Partei und den Gewerkschaften den Vorwurf macht, sie tun nichts, sie seien ohne Kraft, ohne Willen, der muß doch zunächst in seinem Kreis zeigen, ob er es besser kann. Sie verlangen Kraft und Willen nur von den anderen. Was tun denn Sie?“

„Ja, gerade zu Hause. Wenn nicht jeder in seinem eignen Heim anfängt, kommen wir nie zum Ziel. Wer glaubt, die Wandlung muß von außen kommen, während er selber der alte Mann bleibt und seine eignen Angehörigen nicht mitreißt, der ist kein Mann der Tat.“

Seine Frau, die allein bei dem Gespräch zugegen war, meinte so recht: nein:

„Ach, mein Waldemar ist zu Hause ein gemüßlicher Mensch, gel, was kümmert uns daheim die demme Politik.“

Er sagte nichts drauf. Doch war unter Waldemar von dem Tage an merklich stiller.

Es konnte nichts schaden, wenn man sich bei vielen, die die neue Zeit nur erreden, nicht ertämpfen wollen, mal ein wenig zu Hause umsehen könnte.

„Morgenspost“, „Kaiserbilder“, „Die gute Waise“, „Schuldittatur“, Kinder, die den Bürgerlichen nachlaufen, rüchständige Frauen, Gegner der Konsumvereine, Traktätschen aller Art würden da genug zutage kommen.

Deshalb: Nicht nach ihren Worten sollt ihr sie beurteilen!

Der „Opernbalk“ in der Volksbühne. Die Sommerdirektion der Volksbühne macht sich unter aller Erkenntnis von der Unmöglichkeit moderner Operetten zu eigen. Sie greift zu einer alten, die nur aus Holzern und Couplets besteht, unterhaltlich und fröhlich, gar nicht sentimental, gar nicht anstößig ist, und doch durch die trauten Klänge der Wiener Straußzeit uns auch in hitzerigen Tagen auf den Füßchen des Dreierleittafes emparschelt. Heuberger hat diese Operette als genauer Kenner der 25 Jahre älteren „Fiebermaus“ geschrieben. Sowohl das Witzes als die sprudelnde Lebendigkeit der Musik erinnern an den Großmeister der Operette, und der Dreierleittaf ist mit bester Besonnenheit und Feinheit hingeschrieben. Eigentlich ist jedes ihrer Lieder und jeder Tanz ein Schöner. In der Aufführung der Volksbühne wurde nicht der dritte Teil ausreichend befaßt, weil kaum der fünfte in das Wienertum in Witzstreue und Jubelsucht hineingerungen wurde. Es war also ein Unterschied zwischen Brater und Tauenhienstraße, zwischen Seltbinder und Haxepeter. Am nettesten und frischesten waren der Marinetabelle Margarete Haxeri und ihre Partnerin, das jede Stubenmädchen Erna Boewe; auch Helmut Reugebauer konnte mit seiner mittleren Eleganz passieren, sein Ledemannkollege Hoffmann sowie die beiden dazugehörigen Gattinnen waren ein Kleeblatt von Blumheit und ungeschädlicher Spitzerei, je mehr sie sich mühten, Grazie und Heiterkeit zu markieren. Von diesem schweren Blut der Bühne wurde auch des Dirigenten Heidenreich Herz ein wenig befaßt; doch hatte er in Mitgliedern des Philharmonischen Orchesters die prächtigste Unterstützung. R. S.

Die Normung der Gewindesteme. Schrauben gehören zu den wichtigsten Maschinenenteilen. Wenige Völer nur wissen, wieviel Arbeit die Schaffung brauchbarer und zur allgemeinen Anwendung geeigneter Gewindesteme verursacht hat. Hervorragende Ingenieure haben diesen, vielen so verächtlich erscheinenden Maschinenenteilen die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Der Engländer Whitworth schuf 1841 die noch ihm benannte Gewindesteme für Dreiflügelgeschrauben, bei der er dem Gewindesteme ein gleichseitiges Dreieck mit dem Kantwinkel von 55 Grad zugrunde legte. Dieses Gewinde beherrschte noch heute den Weltmarkt. Es ist jedoch an das englische Zollmaßsystem gebunden. Daher sind Verluste gemacht worden, eine auf metrischer Grundlage aufgebaute Gewindesteme fest-

zusetzen. Im Oktober 1898 vereinbarten deutsche, schweizerische, französische und belgische Ingenieure in Zürich das S. I. Gewinde (System International), dessen Gewindesteme ein gleichseitiges Dreieck ist und das auf metrischer Grundlage beruht. Es ist nicht zur allgemeinen Einführung gelangt. Nach 1912 benutzten 70 Prozent der deutschen Maschinenfabriken das Whitworth-Gewinde, nur 12 Prozent hatten das S. I. Gewinde eingeführt und 18 Prozent verwendeten sogenannte „wilde“ Gewinde. Neue Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Gewindesteme gehen auf die Arbeiten des deutschen Gewindestemexperten zurück, der 1911 gegründet und 1918 vom Normenausschuß der deutschen Industrie übernommen wurde. Unter der geleiteten Leitung des Professors Schiefelinger hat der Gewindestemexperte jetzt seine Arbeiten beendet. Whitworth- und S. I. Gewinde bleiben nebeneinander bestehen. Dagegen sind Gewinde mit trapezförmigem oder rundem Querschnitt „genormt“ worden. Es wurde ferner die Frage der „Gewindestemerlangen“ gelöst und damit die Möglichkeit geschaffen, Schraubengewinde auf Maßhaltigkeit zu prüfen. Professor Schiefelinger berichtet über diese Arbeiten ausführlich in dem vom Normenausschuß der deutschen Industrie (Dinorm, Berlin NW. 7, Sommerstr. 4a) herausgegebenen Werk „Die Normung der Gewindesteme“. Damit ist eine Arbeit abgeschlossen, die großen Nutzen bringen kann, — wenn sie die nötige Beachtung findet.

„Der Günstling der Jaria“, Robert Winterbergs neue Operette, die die üblichen Operetteneigenschaften mustförmig weit übertrug, erlebte im Deutschen Opernhaus die 50. Aufführung. Die ganz heterogene Ausstattung und die erstklassige Besetzung sicherten ihr auch diesmal den stärksten Effekt. Romanisch der zweite Akt erzielte aufs höchste. Die Gaste, Elisabeth von Enderl (als Jaria mehr reizend denn pompös), Adolf Luchmann (als Potemkin himmlisch und darstellerisch auf der Höhe), Hermann Wötcher (in der Charge des Begehrten Ponin sehr charakteristisch) und Johanna Schubert (in der Hofen, wie der Rodolfo des Günstlings gleich vortrefflich) erzielten zusammen mit den frisch und angeregten spielenden Kräften des Hauses (Iba Berry und Lola Graß) eine musterhafte Ensembleleistung. — Die Operette bleibt nur noch bis Sonnabend einschließlich auf dem Spielplan.

Amundsen Rückkehr. Was Rons wird mitgeteilt, daß Amundsen dort hin zurückkehrt ist. Der Nordpolfahrer hat erklärt, daß er nächstes Jahr seinen Versuch, den Nordpol im Flugapparat zu erreichen, wieder beginnen, und diesmal nicht von Enderby, sondern von Enderby aus aufbrechen werde. Amundsen sagt hinzu, daß sein Apparat nicht die genügende Kraft anwieh, um zwei Passagiere und das unerlässliche Quantum an Brennstoff zu befördern.

Die Buchhändlerkasselerwahl beträgt vom Donnerstag, den 23. ab eine Million.

Die Gesellschaft „Les Theater“ veranstaltet im Schwedensaal, Ederstr. 112, einen Zyklus von 7 Uraufführungen, der am 25. August mit „Pakt Ebraim Ragnon“ von Hans Ferns Rahn (Regie: Ernst Stamm) beginnt. Es folgen Werke von Angermann, Fandisch, Reuchmayer, Goll, Zanger und Rastl; als Regisseure sind Angel, Brach, Georg Kaller, Vadit und G. W. Philipp verpflichtet. Anmeldungen an die Bureau: Ederstr. 112 (Telefon 270) und Ederstr. 114 (No. 4744). Die Veranstaltungen sind nur für Mitglieder und Gäste.

Einheit" und als Schlussrumpf: „Gegen den fränkischen Imperialismus.“

Es war nur zu verständlich, daß die antisemitischen Weisheitswörter aus dem Ebenholz in der Diskussion „Fräulein Ruth Fischer“ für solche „Befundung echt völkischer Bestimmung“ mit Komplimenten versorgten. Und als später der Parteikommissar Dr. Rosenberg den deutschpolitischen noch erklärte, zwar könne die SPD. mit einer langen Morbidität aufwarten, aber die Vergangenheit solle begraben bleiben, es gelte jetzt, die einträglichen Dinge zu betonen, da werden nicht wenige Zuhörer mit Schmunzeln an den Kameraden Vogel, an die Marburger Studenten und an andere Arbeitermörder gedacht haben.

Wirklich ist begraben nicht nur ihre Vergangenheit. Sie begraben die Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung mit ihrer Hebe. Ein schlechter Trost, daß sie auch mit begraben würden, wenn sie Erfolg hätten. Über diese Prostitution der Ruth Fischer wird doch manchem die Augen öffnen. Wir danken für den Bund mit Bauern, Mittelstand, Offizieren und Deutschen, völkischen, der Deutschland unter bolschewistischer Führung rufen soll. Vorläufig sind wir selber Mannes genug, uns zu helfen.

### Polnische Deutschenverfolgung.

Das sozialistische Zentralorgan brandmarkt sie.

Warschau, 21. August. (Wib.) Zu den Maßnahmen zur Unterdrückung der deutschen Minderheiten, wobei auch ungesetzliche Mittel nicht scheut werden, schreibt der „Robotnik“, daß diese polnischen „Siege“ eine polnische Niederlage in der Welt darstellen. Das Blatt sagt u. a.: „Gegen die deutschen Organisationen wird scharf vorgegangen, trotzdem ihnen kein einziges Vergehen nachgewiesen werden kann. Der Deutschtumsbund wurde nur deshalb aufgelöst, weil er es gewagt hat, 1921 Polen beim Völkerverbund zu verklagen, daß es seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage nicht erfüllt. Es ist also nur ein Raubakt gegen die Deutschen. Unnützlich wird eine deutsche Terzbanda geschaffen.“

Warschau, 21. August. (Wib.) Die polnische Sozialdemokratie beginnt mit dem aktiven Oppositionsfeldzug gegen die jetzige Regierung. In allen Städten Polens finden Versammlungen statt, in denen Resolutionen gegen die Regierung abgestimmt werden.

### Die Kraftfahrzeugsteuer.

Das Reichsfinanzministerium teilt mit:

Die Rhein-Ruhr-Abgabe von Kraftfahrzeugen ist unangesetzt spätestens bis zum 5. September 1923 bei dem aus der Kraftfahrzeugsteuererklärung ersichtlichen Finanzamt zu zahlen. Die Abgabe beträgt: 1. Für Personenkraftfahrzeuge bis 1,5 Pferdestärken 60, bis 3 Pferdestärken 90, bis 3,5 Pferdestärken 120, bis 4 Pferdestärken 165 und über 4 Pferdestärken 210. 2. Für Personenkraftwagen bis 1 Pferdestärke 60, bis 2 Pferdestärken 120, bis 3 Pferdestärken 180, bis 4 Pferdestärken 240, bis 5 Pferdestärken 300, bis 6 Pferdestärken 360, bis 7 Pferdestärken 480, bis 8 Pferdestärken 600, bis 9 Pferdestärken 720, bis 10 Pferdestärken 840, bis 11 Pferdestärken 1020, bis 12 Pferdestärken 1200, bis 13 Pferdestärken 1380, bis 14 Pferdestärken 1560, bis 15 Pferdestärken 1800, für jede weitere Pferdestärke 240 Millionen Mark mehr. 3. Für Kraftomnibusse, soweit sie der Abgabe unterliegen, bei einem Eigengewicht des betriebsfertigen Kraftfahrzeuges bis 500 Kilogramm 180, bis 1000 Kilogramm 360, bis 1500 Kilogramm 540, bis 2000 Kilogramm 720, bis 2500 Kilogramm 840, bis 3000 Kilogramm 960, bis 3500 Kilogramm 1080, bis 4000 Kilogramm 1140, über 4000 Kilogramm 1200 Millionen Mark. Personen aus dem besetzten Gebiet sind grundsätzlich von der Abgabe befreit. Soweit solche Personen Grundbesitz oder Gewerbebetrieb im unbesetzten Gebiet haben, unterliegen sie der Abgabe hinsichtlich solcher Kraftfahrzeuge, die aus Anlaß der Benutzung oder Verwaltung des Grundbesitzes oder aus Anlaß des Gewerbebetriebs im unbesetzten Gebiet verwendet werden. Die Abgabe ist bei dem Finanzamt zu zahlen, in dessen Bezirk der Grundbesitz oder Gewerbebetrieb liegt.

Zulagen in der Unfallversicherung. Ein am 15. August vom Reichstag beschlossenes Gesetz macht alle Rentner, die 20 oder mehr vom Hundert der Vorkrente erhalten, in der Unfallversicherung zuzugerechtig. Die Zulagen der Unfallversicherung werden vom 1. September ab dem Lebenshaltungsindeks laufend angepaßt.

Bei den südlawischen Gemeindevahlen siegte die Regierungspartei der „Radikalen“. In Witomija wurden bei diesen Wahlen sieben Nationalisten getötet und 25 schwer verletzt und fünf Russen gefoltert.

### Dollar 5 300 000.

Die bevorstehenden Maßnahmen der Regierung bewirken an der heutigen Börse eine stark abwartende Haltung am Devisenmarkt. Hinzu kommt die höhere Bewertung der Mark in New York in den gestrigen Abendstunden. Gegen 10 Uhr wurde der Dollar mit 6 Millionen gesprochen, um sich im weiteren Verlauf bis auf 5 000 000 bis 5 600 000 abzuwachen. Die bevorstehende Regierungsvorordnung wird bewirken, daß immerhin einiges Material an den Markt kommt. Die innere Wirtschaftslage ist äußerst ungünstig, die Stilllegung industrieller Werke nimmt von Tag zu Tag zu, so daß, wie schon erwähnt, stärkere Zurückhaltung des Kennzeichens des heutigen Devisenmarktes ist. Amisch wurde das Pfund mit 24 200 000 notiert.

Der Effektenmarkt hätte nach den Kauforders, die bei den Banken vorliegen, stark nach oben gerichtet sein müssen, doch bewirkte die niedrige Bewertung des Dollars noch im letzten Augenblick Zurückziehung zahlreicher Orders. Und auch die Spekulation gab in größerem Umfang ab. So kam es, daß auf vielen Gebieten stark abgeschwächte Kurse zu verzeichnen waren.

### Amtliche Devisenkurse.

	22. August		21. August	
	Käufer- (Mark-) Kurs	Verkäufer- (Mark-) Kurs	Käufer- (Mark-) Kurs	Verkäufer- (Mark-) Kurs
1 holländ. Gulden	2094750.-	2108250.-	2194500.-	2208500.-
1 argent. Pap.-Peis	1095750.-	1704250.-	1745500.-	1804500.-
1 belgischer Franc	289700.-	240900.-	249875.-	250625.-
1 norweg. Krone	867825.-	672175.-	897750.-	902250.-
1 dänische Krone	987525.-	992475.-	1087400.-	1042850.-
1 schwedische Krone	1411402.50	1418587.50	1486350.-	1463650.-
1 finnische Mark	140625.-	150875.-	151820.-	152980.-
1 japanischer Yen	2508500.-	2608500.-	2698250.-	2700750.-
1 italienische Lire	229425.-	220575.-	239400.-	240600.-
1 Pfund Sterling	24180500.-	24280500.-	24987500.-	25082500.-
1 Dollar	5286750.-	5313250.-	5486250.-	5513750.-
1 französisch. Franc	801245.-	802755.-	811220.-	812780.-
1 brasilian. Milreis	518712.50	516287.50	548625.-	551375.-
1 Schweizer Franc	937600.-	982400.-	1009470.-	1014580.-
1 spanische Pieta	704235.-	707765.-	732165.-	736835.-
100 österr. Kr. (gefl.)	7451.-	7510.-	7780.-	7820.-
1 tschechische Krone	155610.-	156390.-	163590.-	164410.-
1 ungarische Krone	299.25	300.75	299.25	300.75
1 bulgarische Leno	46892.-	47118.-	47880.-	48120.-
1 jugoslaw. Dinar	55880.-	56140.-	54962.-	55185.-

### Steuerliche Einseitigkeit.

Man schreibt uns:

Gegenwärtig werden den Steuerpflichtigen die Aufforderungen zur Vorauszahlung des 400fachen der für 1922 veranlagten Steuer in Vierteljahresbeträgen zugestellt. Daraus werden auch solche Steuerpflichtigen betroffen, die mit dem steuerlichen Existenzminimum für 1922 (200 000 M.) oder noch weniger eingeschätzt sind. Bei diesen Leuten, die tatsächlich am Hungertuche nagen und noch nicht den fünften oder sechsten Teil von dem Verdienst eines Durchschnittsarbeiters haben, schwant die 400fache Steuerforderung zwischen ein und zwei Millionen für das Vierteljahr. Hier hat sich der Steuerfiskus, der ja allerdings noch nie schüchtern war, ganz arg verdedet. Wir sehen die gleiche Einseitigkeit, die sich von der praktischen Lebensentwicklung der untersten Verdienstschichten heutiger Zeit keine oder eine völlig falsche Vorstellung macht, auch auf anderen Abgabengebieten, und so hat sich in den letzten Wochen mit einem Schläge für Hunderttausende die Unmöglichkeit ergeben, allen diesen gefälligen Zahlungsaufforderungen auch nur zum größeren Teil gerecht zu werden. Es ist überall nach Schema F gerechnet und dabei vergessen worden, daß sich gerade bei den mit dem Existenzminimum oder noch weniger veranlagten Personen, die durchweg nicht tariflich entlohnt werden, die Kluft zwischen Verdienst und Lebensmittelausgaben bedeutend mehr vergrößert hat als bei den Tarifverdienern. Wie kann man denn von einem Einkommen, das im ganzen Monat etwa 6 Millionen beträgt, mehr als die Hälfte für Abgaben verlangen? Das ist doch einfach Unfug und macht nicht die viel zu hörende Redewendung verwunderlich, daß man bei uns gegen die Notleidenden nicht viel weniger rücksichtslos vorgeht als der Franzmann im Ausgebiet. Eine schnelle Verringerung ist dringend erforderlich, wenn nicht viele Tausende von Familien, die schon verarmt sind, in ihrer Existenz vernichtet werden sollen.

### Um die Erhaltung der Straßenbahn.

Kann die Stadt den Betrieb ansprecherhalten?

Heute nachmittag hat der Magistrat den Verkehrsausschuß zusammenberufen, um mit ihm über die Sanierung der Straßenbahn zu beraten. Wir möchten mit aller Deutlichkeit betonen, daß wir eine wirkliche Sanierung der Berliner Straßenbahn zum Teil für absolut unmöglich halten und daß es unter den heutigen Verhältnissen kein Mittel gibt, das Unternehmen zu halten. Es muß aber ebenso deutlich gesagt werden, daß das nicht an der Straßenbahn liegt, sondern an dem katastrophalen Marktzustand.

Immer wieder, wenn die Mark einigermassen vorübergehend stabil wurde, besserte sich die wirtschaftliche Lage der Bahn in verhältnismäßig ganz kurzer Zeit. Und noch im Frühjahr gelang es ihr durch aus ins Gleichgewicht zu kommen. Mit der Marktentwicklung der letzten Wochen kann sie eben bei der Natur ihres Unternehmens nicht mithalten, da ihr die Notenpresse nicht zur Verfügung steht. Mit der Wirtschaftssituation ist das absolut nichts zu tun. Eine Verringerung der Wirtschaftssituation würde heute höchstens den Erfolg haben, die Löhne der Straßenbahner denen der Hochbahner anzupassen. Die dadurch entstehende wirtschaftliche Erleichterung würde bei weitem nicht ausreichen. Es gibt nur ein Mittel zu helfen, das ist die sofortige Bildung eines einheitlichen Verkehrsunternehmens für Groß-Berlin, an dem auch die Stadt- und Ringbahn beteiligt sein müßte. Der Sinn dieser Lösung wäre keineswegs etwa eine Erhöhung der Stadt- und Ringbahn-Fahrtpreise um der Straßenbahn zu helfen. Der Vorteil würde vielmehr darin bestehen, daß planmäßig die vorhandenen Geldmittel an den Stellen des Berliner Verkehrs eingesetzt würden, wo sie verkehrstechnisch notwendig sind. Wenn die vielen Milliarden und jetzt Billionen-Zuschüsse, die die Reichsbahn für den Berliner Verkehr zahlt, zu einem einzigen Budgetteil für den Ausbau der Reichsbahn, der U-Bahn usw. verwendet worden müßten, hätte man heute bereits zahlreiche Linien der Straßenbahn stilllegen, das freierwerbende Material zur weiteren Verbesserung des Verkehrs verwenden können. Statt dessen herrscht unter den Folgen der Inflationswirtschaft ein mildes Durcheinander, das wirtschaftlich wie verkehrstechnisch gleich widerwärtig ist. Die Durchführung einer solchen Zusammenlegung des Groß-Berliner Verkehrs in eine Hand erfordert allerdings eine andere und energiegelichere Kraft als die der geschäftigen, oft allzu geschäftigen und biegsamen Herrn Stadtbaurats.

### Ein markenfreies Brot 400 000 Mark.

Das fortgesetzte Steigen der Mehlpreise und die Auswirkung der Mehlpreiserhöhung haben den Zweckverband der Bädermeister Groß-Berlins veranlaßt, die Preise für markenfreies Gebäck vom morgigen Donnerstag ab erneut zu erhöhen. Von diesem Tage an kostet das markenfreie Brot 400 000 Mark, die markenfreie Schrippe 22 000 Mark. Die Preise für das übrige Gebäck erhöhen sich entsprechend.

### Kampf zwischen Räubern und Ueberfallenen.

Zu einem schweren Kampfe zwischen den Ueberfallenen und den Räubern kam es gegen 2 Uhr nachts an der Ecke der Weg- und Bernhardtstraße. Hier wurden der Hausdiener Robert Weber aus der Weststraße, der Schneidermeister Lenz aus Schleswig, der bei Weber zu Besuch weilte, und der Schneidermeister Christoph Mittelstädt aus der Hisingerstraße von zwei Männern plötzlich überfallen. Diese hieben mit Schlagringen und Säcken auf sie ein und es gelang ihnen auch, Weber die Briestafche mit sechs Millionen zu entreißen. Die Ueberfallenen schrien sich aber kräftig zur Wehr, wobei einer der Angreifer einen Kesselfisch in den rechten Oberarm erhielt. Die Räuber wurden übermächtig, festgenommen und festgestellt als die Arbeiter Franz Burden aus der Prinz-Regenten- und Karl Busse aus der Bismardstraße zu Steglitz. Weber und Lenz erlitten schwere Kopfverletzungen und mußten im Krankenhaus verbunden werden, ebenso Busse.

### Generalversammlung der Arbeiter-Samariter.

Die ständig anwachsende Mitgliederzahl der Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin G. B. (A.S.B.) hat es zur Notwendigkeit gemacht, an Stelle der bisherigen Generalversammlung die Delegiertenversammlung zu setzen. Vor einigen Tagen trat die neu geschaffene Institution zum erstenmal zusammen, um eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorsitzende der Kolonie, Gen. Zieger, gab einleitend den Bericht des Vorstandes und schilderte ausführlich das große Arbeitsfeld der Kolonie. Zieger behandelte dann die organisatorischen Fragen und hob hervor, daß es keine Arbeitsgemeinschaft mit dem roten Kreuz geben könne. Leider wird mit den Prüfungszeugnissen viel Unmut getrieben. Vorliegende Anträge müssen hier Abhilfe schaffen. Darauf nahmen die Versammelten den Kassenbericht entgegen. Soll die Organisation auch in finanzieller Hinsicht ihre Stärke bewahren, so muß die Beitragszahlung besser funktionieren. Finanz- und Einkaufskommission, zwei wichtige Glieder der Kolonie, arbeiten gut und harren nur noch der Bestätigung durch die Delegierten. Zur geplanten Herstellung eines Lehrbuchs ist zu sagen, daß die Herausgabe augenblicklich hohe Summen verschlingen würde. In der Diskussion, die sich äußerst reger gestaltete, wurde der Vorstandsbericht einer Kritik unterzogen. Nach den Mitteilungen der einzelnen Kommissionen gab der Feldreferent einen kurzen Bericht, woraus hervorging, daß die Feste der Kolonie Berlin Milliardenwerte darstellen. Bei der weiteren Erledigung der Tagesordnung nahmen die Delegierten wichtige Anträge einstimmig an, so u. a.

einen Antrag, der besagt, daß die Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin G. B. es ablehne, ohne Kennbinde oder Erkennungszeichen Sammlungen bei öffentlichen Veranstaltungen vorzunehmen. Die Delegierten erklärten, daß die Sammlungen in der Kundgebung der Kriegsbeschädigten am 3. Juni in der Brauerei „Schweizergarten“ bei den Kerntzen der Armen nicht von Mitgliedern der Arbeiter-Samariter-Kolonie, sondern von Mitgliedern des proletarischen Gesundheitsbundes (P.G.B.) vorgenommen worden sind. Ein anderer Antrag lautete, daß der Ausschuß der Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin auf dem Standpunkt steht, daß innerhalb der Arbeiter-Samariter-Kolonie zwei Samariterorganisationen ein Urding sind. Er lehnt deshalb eine Vereinigung mit den P.G.B. (kommunistische Samariterorganisation) im Prinzip nicht ab, doch hält er eine Vereinigung nicht eher für möglich, solange der P.G.B. seinen Standpunkt zur Frage der Selbstbildung nicht aufgibt. Eine Vereinigung darf nicht durch eine enge Körperlichkeit erfolgen, sondern muß durch Urabstimmung der Gesamtmitgliedschaft entschieden werden. Dem Antrage stimmten die Delegierten zu. Im übrigen wurden noch die neuen Kommissionsmitglieder sowie ein Vorstandsmitglied bestätigt.

### Das geheimnisvolle Narkotikum.

Zur Ermordung des Amerikaners in Stoplanin.

Nach den Gerüchten wird voraussichtlich bald der Nachprozeß gegen den Engländer Norman Jellin vor dem Schwurgericht zur Verhandlung gelangen. Die Voruntersuchung hat zur vollen Aufklärung des an dem Amerikaner S. Rowal aus New York verübten Raubmordes geführt. Die Tat ist von einem Verbrechertrio ausgeführt worden, das es auf die Verwendung in Berlin weilender Ausländer abgesehen hatte. In ähnlicher Weise war unter Anwendung von Betäubungsmitteln der Amerikaner Greenbach ermordet worden.

Von 20 Tätern sind bisher nur der 1894 in Newcastle geborene englische Staatsangehörige Norman Jellin und dessen Geliebte Geliebte Marie Morianke aus Westfalen ergriffen worden. Die letzte ist jetzt auf Antrag ihrer Rechtsanwältin aus der Haft entlassen worden. Neben Jellin sind als Haupttäter an dem Mord beteiligt der aus Polen kommende angebliche Chemiker Ethold Müller genannt „Wich“ und dessen Braut Margarete Grieser, eine Berliner Prostituierte. Beide sind flüchtig, und ihre Spur wird jetzt in Polen verfolgt. Die Grieser wurde als Räder benutzt, um Ausländer anzulocken. Nach den Untersuchungen von Professor Stroux und Medizinalrat Dr. Störmer ist der Tod Rowals, der am 12. Januar in seiner Pension, Bayreuther Straße 38, entdeckt wurde, durch Erstickung infolge Einatmens betäubender Gase erfolgt. Es ist dabei Stoplanin verwendet worden. Nach dem Gutachten der Ärzte ist Stoplanin ein in seinen Wirkungen noch unerforschtes Betäubungsmittel, und es liegt hier der erste bekanntgemordete Fall vor, daß durch Stoplanin der Tod herbeigeführt worden ist. Rowal war durch Jellin und Müller und der Grieser betäubungsmitteln. Am 11. Januar hatten Rowal, Jellin und die Grieser die „Königin“ besucht und sich Eis geben lassen. Müller tauchte plötzlich auf und bald darauf folgte Rowal über juristische Kaptschmerzen. Er mußte in einem Auto nach Hause gefahren werden und wurde von der Grieser und Jellin auf sein Zimmer gebracht. Jellin hat jetzt eingestanden, daß er alsdann Müller von der Straße heraufgeholt habe, und daß dieser sofort etwas auf ein Tuch träufelte und es Rowal vor das Gesicht hielt. Rowal sei gleich fest eingeschlossen, habe nur noch geröchelt und unerkennliche Laute von sich gegeben. Nach der Tat übergab Müller Jellin 2200 Dollar, die beide miteinander teilten.

### Kundgebung der Feuerbestattungsvereine.

Es bedarf keiner Frage, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen vor allen Dingen die Organisationen schwer zu leiden haben, die sich der Lösung sozialer und kultureller Fragen widmen. Hierzu gehören zweifellos auch die Feuerbestattungsvereine, um so mehr als diese in ihren Bestrebungen eine Versicherung für ihre Mitglieder eingeschlossen haben, nach welcher jedes Mitglied Anspruch auf kostenlose Bestattung hat. Da diese Vereine die höchsten Mitgliedsbeiträge sehr hoch entlasten, haben sie wiederholt an Regierungs- und Magistratsbehörden die Forderung erhoben, ihnen durch Erleichterung der gesetzlichen Bestimmungen über die Feuerbestattung wie auch in anderer Hinsicht Erleichterungen zu gewähren. Obwohl wiederholt Berücksichtigung solcher Wünsche zugelegt ist, ist irgendeine tatsächliche Erleichterung bisher noch nirgends erfolgt. Dies hat Veranlassung gegeben, daß die beiden führenden Vereine Protestversammlungen einberufen haben, die am Freitag dieser Woche im großen Saal der Neuen Welt und in den Germania-Sälen stattfinden. Zu diesen Versammlungen haben die Vereine auch die Vertreter der Behörden geladen. Ueber den Verlauf dieser Kundgebung werden wir berichten.

Die deutschen Volkserholungsheime, eine gemeinsame Genossenschaft, haben nach dauernder Uebersättigung in ihren Erwachsenden- und Kinderheimen einige Plätze freibekommen, die auch außerhalb der Genossenschaft lebenden Personen — insbesondere dem geistig arbeitenden Mittelstand — gegen verhältnismäßig geringe Pension zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich um die in Wald, Gebirge oder an schönsten Stränden gelegenen Erwachsendenheime in Waabe (Kügel), Eigersburg (Thüringen), Ribersdorf (Mark), Neuhaus (Sachsen), Alexbad (Sax) und Hosterwig (Dresden), sowie um die Kinderheime Braal a. d. Ostsee, Lahn im Riesengebirge und auf Helgoland. Nähere Auskunft erteilt gern die Genossenschaft Berlin C. 2, Poststraße 10/11.

Eine Kundgebung für die besetzten Gebiete fand gestern Abend in den Kammerräumen statt. In der Hauptsache war es die Uraufführung eines Filmes „Die Rußische Lande“. Der Film stützte sich auf zum größten Teil aus den illustrierten Zeitchriften bekannte Bilder, brachte u. a. ein paar außerordentlich feisende und gut gelungene Industriebilder und auch einige seltene Aufnahmen, die das überlebende und zum Teil lächerliche Gebehren der Franzosen festgehalten hatten. Ein vermischtes Männerchor, das sich wohlweislich im Hintergrund hielt, besang es fertig, durch allerlei im Kommando-ton gegebene Zwischenrufe die Versammlung zu majorisieren.

„Wer hat noch ein eigenes Bett?“ In den unter dieser Ueberschrift gemachten Ausführungen in Nr. 827 lesen noch 1 000 000 Mark von Herrn Heller-Wimmerhoff zur Unterstützung ein.

Befahrungsmittels als Kokainhändler. Wie die Pariser Morgenblätter melden, wurden sechs Franzosen, darunter ein Leutnant und Verwaltungsoffiziere, mit Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt, weil sie feinerzeit vom Rheinland aus einen Kokainhandel nach Paris betrieben hatten.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und zeitweise aufflarend, aber veränderlich, mit einzelnen leichten Regenschauern und mäßigen föhnwindigen Stößen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kst. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in der Gemeindehalle Wilmersdorf 23.
- 2. Kst. Sonntag, 22. August, abends 7 1/2 Uhr: Turnplatz Ruhensberg, Berlin, Sonntag: Frauenabend 8. Thema: Die politische Lage und die Frauen. Ref.: Genoffe Wendel. Eingeladene Gäste willkommen.
- 3. Kst. Montag, 23. August, abends 7 1/2 Uhr: im Jugendheim, Bahnhofsstr. 15: Funktionärstagung.
- 4. Kreis-Veranstaltung. Freitag, 24. Aug., abends 7 Uhr: im Saal der Oberrealschule, Poststr. 46/47: Kreisverzecherungsversammlung. — Tagesordnung: 1. Der kommende Bezirkstag 2. Bericht über die politische Lage. Ref.: Genoffe Krüger, W. d. R. Freitag, die nicht Kreisdelegierten sind, haben gegen Verzeigerung des Mitgliedsbeitrages ebenfalls Zutritt.

